

Dieses Thema darf nicht einfach so wieder verschwinden

Im Berliner Landesverband der Grünen, der Alternativen Liste, hat es in den 80er und 90er Jahren eine große Zahl von Fällen sexuellen Missbrauchs an Kindern gegeben. Das sage nicht ich, sondern das dokumentiert ein Bericht, der im Auftrag der Partei erstellt und in dieser Woche veröffentlicht wurde. Das Entsetzen bei der Alternativen Liste ist groß. Landeschefin Bettina Jarasch entschuldigte sich bei den Opfern von einst und sagte: „Wir schämen uns für das institutionelle Versagen unserer Partei.“ Die Alternative Liste in Berlin habe jahrelang mindestens zwei strafrechtlich verurteilte Pädosexuelle in ihren Reihen geduldet. Zwei? Inzwischen sind weitere Details bekanntgeworden über das Millieu, in dem sich die Missbrauchsfälle ungestört entwickeln konnten. Über das Kinderladensystem, besonders eine Einrichtung in Kreuzberg wird immer wieder genannt, über die sogenannten „Stadtindianer“, die regelmäßig grüne Parteitage chaotisierten und Ausreißer beherbergten, die u. a. straffreien Sex für Minderjährige mit Erwachsenen forderten, so lange es „einvernehmlich“ geschehe. Sozialarbeiter und Erzieherinnen schauten weg oder – wenn sie doch einmal wagten, ihre Vorgesetzten zu informieren – wurden abgebügelt. Oberstes Gebot in der Szene, so erzählte in dieser Woche eine, sei gewesen, „auf keinen Fall mit den Bullen zusammenzuarbeiten“. Das Wohl der Kinder stand hinten an.

Wie viele Opfer es insgesamt waren, ist nicht offiziell bekannt. Thomas Birk, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, sprach im März von „bis zu 1000 Opfern“ sexueller Gewalt. Am Mittwoch relativierte er, diese Zahl sei „rein spekulativ“. Aber er sagte auch: „Die Schwulen-AG unserer Partei war bis 1993 mehr oder minder ein Päd-Bereich.“ Das sind Worte, die man erstmal sacken lassen muss. Der aktuelle Bericht kommt für die grüne Bundespartei vermutlich ungelegen, denn im November 2014 hatte sie schon einen Bericht des Parteienforschers Franz Walter vorgestellt, in dem eingeräumt wurde, dass es in den Gründerjahren der Öko-Partei politische Beschlüsse gegeben hatte, die von Pädophilen initiiert wurden. Unvergessen sind in diesem Zusammenhang auch Zitate von bekannten Politikern der Partei wie Daniel Cohn-Bendit, die er nach öffentlichen Vorwürfen als „Provokation“ und „große Dummheit“ darstellte. Er habe niemals Kinder missbraucht, verteidigte sich Cohn-Bendit, eine Aussage, die sowohl von Eltern als auch von einst von ihm betreuten Kindern öffentlich bestätigt wurde.

Was heute auffällt, ist, wie zurückhaltend die meisten der meinungsführenden Medien in Deutschland die aktuell bekanntgewordenen Vorgänge behandeln. Der Berliner „Tagesspiegel“ ist die große positive Ausnahme. Das Blatt berichtet umfangreich und journalistisch top, so, wie es diesem Skandal angemessen ist. Und das ist auch der Grund, warum ich heute über dieses Thema schreibe. Der Missbrauch von Kindern im nahen Umfeld der Berliner Grün-Alternativen darf jetzt nicht innerhalb von zwei Tagen zu einer Nebensächlichlichkeit auf den hinteren Seiten der Gazetten rutschen, um dann kommende Woche ganz vergessen zu werden. Nun muss die Aufklärungsarbeit erst richtig beginnen. Die Opfer müssen gefunden werden, es muss geklärt werden, in welchem sexualisierten Politikumfeld diese Taten geschehen konnten. Was ist das für eine politische Bewegung gewesen, in der die Abneigung gegen Staat und Polizei schwerer Wog als das Leid zahlreicher Kinder? Da sind noch längst nicht alle Fragen beantwortet. Da muss auch die – an den damaligen Geschehnissen gänzlich unbeteiligte – Parteispitze das Gespräch mit Opfern und Beteiligten suchen. Und ja, da muss auch das Thema

Entschädigungshilfen auf den Tisch.

Sie erinnern sich, als vor fünf Jahren die schrecklichen Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche bekannt wurden? Das war Titelseiten-Thema für Wochen. Runde Tische wurden eingesetzt, Parlamente diskutierten über die Vorgänge, Papst Benedikt traf sich mit Missbrauchsoffern. Es wurde entschuldigt, es gab Telefon-Hotlines, bei denen sich Betroffene melden konnten, und es wurden in Deutschland und weltweit erhebliche Entschädigungszahlungen für erlittenes Unrecht ausgezahlt. Immer noch ein Tropfen auf den heißen Stein, könnte man sagen. Wahrscheinlich. Wie viel Geld kann die psychischen Schäden bei Missbrauchsoffern überhaupt wieder heilen? Niemand prügelte seinerzeit so massiv auf die Katholische Kirche als Gesamtheit ein, wie die Grünen.

Der Zölibat sei schuld, die Kirche müsse sich nun der modernen Zeit öffnen und dürfe kein abgeschotteter Männerclub mehr bleiben. Kaum ein Spitzengrüner, der seinerzeit nicht genau wusste, was die Kirche nun tun müsse. Die unnachahmliche Claudia Roth zeigte sich „erschrocken“ über die „Unfähigkeit der katholischen Kirche, mit dem Missbrauchsskandal angemessen umzugehen“. An ihren Taten sollt Ihr sie erkennen, und an ihren Worten sollt ihr sie messen. Liebe Grüne, nun zeigt der Republik, wie man einen solchen Skandal anständig und offen bewältigt!

Noch ein Nachtrag: Nach offiziellen Statistiken werden jedes Jahr in Deutschland rund 300.000 Kinder sexuell missbraucht. Man geht von einer hohen Dunkelziffer aus. Nur ein minimaler Teil der Fälle findet in und um Parteien, Kirchen oder Vereinen statt. In über 90 Prozent der Fälle stammen die Täter aus der eigenen Familie oder dem Verwandten- und Bekanntenkreis.

Wer für mich sprechen will, sollte mich auch mal fragen, was ich denke

Vor fast 30 Jahren bin ich, nach längerer Zeit des Lernens und Überlegens, zur katholischen Kirche konvertiert. Damals habe ich angenommen, einer Kirche anzugehören, die sich an der Bibel und ihrer Auslegung durch geistliche Schriftgelehrte orientiert. Ich habe damals auf das gehört, was unser Gemeindepfarrer sonntags predigte. Und ich habe oft nach Rom geschaut und gehört, was Papst Johannes Paul II lehrte, den ich bis heute tief verehere. Leider habe ich damals zu wenig beachtet, dass es auch das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK) gibt. Allein der Begriff „Zentralkomitee“ löst in mir eine historisch verursachte instinktive Abneigung aus. Das, was dort allerdings ohne jede demokratische Legitimation unter dem Firmenschild „katholisch“ veranstaltet wird, ärgert mich noch mehr. Das ZdK will ja nach eigener Definition „die Anliegen der Katholiken in der Öffentlichkeit“ vertreten. Ich bin katholisch, ich habe das ZdK nicht darum gebeten, meine Anliegen zu vertreten, und ich kenne viele Katholiken, denen es lieber wäre, es gäbe überhaupt kein ZdK, sondern eine Kirche, die sich ausschließlich an Bibel und Auslegung durch die Kleriker orientiert. Das muss nicht heißen, dass

man kritiklos alles schluckt. Schon heute gibt es eine Mehrheit der Gläubigen, die zum Beispiel die Sexualmoral der Kirche schlicht ignoriert, muss jeder selbst wissen, was er tut. Aber es gibt eine Klarheit im Glauben, dem sich – das nur zur Erinnerung – ja niemand anschließen muss. Schon heute stelle ich fest, dass Kritiker des Zölibats fast ausschließlich Menschen sind, die nie im Leben auf den Gedanken kommen würden, selbst einer Berufung zum Priester zu folgen. Und ich behaupte, dass der kirchliche Segen für eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft auch den meisten im Grunde egal ist, die laustark danach rufen. Es geht darum, zu provozieren und die Kirche vorzuführen. Ein Laien-Gremium, wie ich es mir vorstelle, sollte sich dabei vor seine Kirche stellen und ihre Positionen in der modernen Gesellschaft verteidigen. Doch so versteht sich das ZdK nicht. Es beschäftigt sich stattdessen auf seiner jüngsten Frühjahrsvollversammlung mit so wichtigen Themen wie dem Klimaschutzabkommen, gerade so, als gäbe es ein katholisches Weltklima. Und es hat – natürlich – ganz eigene Vorstellungen, was die katholische Kirche in Sachen Ehe und Familie tun sollte, nämlich – Sie ahnen es – sich an den modernen Zeiten zu orientieren. Klar, ein paar Sätze in der Stellungnahme zur Familiensynode im Oktober preisen die sakramentale Ehe, bevor es dann zur geforderten Segnung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften und zu einer Neubewertung des Umgangs mit geschiedenen Wiederverheirateten kommt. Entscheiden in der deutschen katholischen Kirche nicht mehr die Priester, wen sie segnen wollen, sondern ein Zentralkomitee, das durch nichts eine Legitimation hat, für die Katholiken zu sprechen?

Dankenswerter Weise wagte es mit Bischof Stefan Oster aus Passau wenigstens einer aus der offenbar von Medien und den eigenen Laien mächtig eingeschüchterten Bischofskonferenz, den ZdK-Forderungen klar und unmissverständlich entgegenzutreten. Das ZdK, so schrieb er, lasse „wesentliche Aspekte des biblischen Menschenbildes“ hinter sich. In der Tat, und das unter dem Titel „katholisch“ und finanziert aus Kirchensteuermitteln. Grundsätzlich frage ich mich ja immer wieder, warum die Katholiken, die mit der Lehre nicht mehr zurechtkommen, nicht einfach zur evangelischen Kirche wechseln. Ich meine, wir Christen glauben an denselben Gott, doch unsere Kirchen legen die Lehre Jesu unterschiedlich aus. Alles, was ZdK und Linkskatholiken fordern, gibt es in der EKD reichlich: Frauen als Priester, die Segnung von allerlei Partnerschaften, die Freiheit der Geistlichen, eine Ehe zu schließen. Alles vorhanden, und ein Übertritt von der katholischen zur evangelischen Kirche ist völlig unkompliziert. Warum also packen diese Leute nicht einfach ihre Sachen und wechseln, statt diejenigen Katholiken, die zufrieden mit ihrer Kirche sind, ständig zwangsbeglücken zu wollen?

Von mir aus könnte man das ZdK dicht machen. Würde es morgen geschehen, bin ich nicht einmal sicher, ob ich es bemerken würde. Aber wenn es unbedingt ein Laiengremium geben soll, das auch in meinem Namen spricht und von meinem Geld finanziert wird, dann würde ich gern Einfluss auf seine Zusammensetzung nehmen. Durch eine ganz altmodische, demokratische Wahl zum Beispiel.

Zum gleichen Thema sind in den vergangenen Tagen auch andere äußerst lesenswerte Beiträge erschienen. Ich möchte meinen am Thema interessierten Lesern zwei zur Lektüre empfehlen, nämlich von den überaus meinungsstarken katholischen Bloggern [Felix Honekamp](#) und [Peter Winnemöller](#).

Wenn es ihnen gut geht, setzen Wähler immer auf die ruhige Hand

„It's the economy, stupid!“ Dieser strategische Leitsatz für Wahlkämpfer wird gern dem früheren US-Präsidenten Bill Clinton zugeschrieben. Tatsächlich stammt er aber wohl von Clintons Campagnero James Carville, entwickelt als einer von drei Obersätzen für die erfolgreiche Clinton-Kampagne 1992. Entscheidend für ein Wahlergebnis, so die Annahme, ist die wirtschaftliche Situation - die gesamtwirtschaftliche, aber auch die persönliche wirtschaftliche Situation des Wählers. Einer von Clintons Amtsvorgängern, Ronald Reagan, meinte das Gleiche, als er 1984 für eine zweite Amtszeit im Oval Office kandidierte und die amerikanischen Wähler direkt ansprach. Er fragte: „Geht es Euch heute besser als vor vier Jahren?“

„Es ist die Wirtschaft, Dummkopf!“ - dieser Satz gilt auch für die gestrigen Unterhauswahlen in Großbritannien. Wähler, denen es im Großen und Ganzen wirtschaftlich gut geht, wagen mehrheitlich keine Experimente, auch wenn sie sich über andere Themen viel mehr aufregen. James Cameron und die britischen Konservativen haben einen großen Wahlsieg eingefahren. Der WDR meldete heute, die Tories hätten „überraschend viele Mandate gewonnen“. Nun schließe ich grundsätzlich niemals aus, dass der WDR von politischen Entwicklungen überrascht ist. Doch wer den Carvill'schen Grundsatz kennt, ist keineswegs überrascht. Den Briten geht es heute besser als vor David Cameron. Als der im Mai 2010 in Downing Street No. 10 einzog, steckte England in einer Rezession, das Land schien den Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung Europas komplett verschlafen zu haben. Heute boomt Großbritannien, kaum ein anderes Industrieland auf der Welt verzeichnet so starke Wachstumsraten. Und das honorierten die Wähler. Wenn es gut läuft, setzen sie mehrheitlich auf eine „Politik der ruhigen Hand“, so wie offenbar die Deutschen ja auch.

England hat andere Probleme, besonders auch mit der Zuwanderung. Der Anteil von Menschen aus dem muslimischen Kulturkreis ist dort deutlich höher als bei uns, bezogen auf die Gesamtbevölkerung. Die Probleme mit fanatischen Islamisten sind ungleich größer. Auch in britischen Großstädten gibt es Stadtviertel, die selbst für die Polizei nur noch mit großem Aufgebot gefahrlos zu betreten sind. Oder denken Sie an den bekannt gewordenen organisierten Missbrauch von mehr als 1.000 Mädchen durch pakistanischstämmige Zuwanderer, von denen inzwischen immerhin 53 verurteilt wurden. Mit Geschenken, Ausflügen in Luxuskarossen und Drogen wurden die Minderjährigen gefügig gemacht, um dann teilweise über Jahre herumgereicht und immer wieder missbraucht zu werden. Die Gesellschaft, die Medien und die Polizei sahen weg, weil sie nicht fremdenfeindlich erscheinen wollten. Und natürlich ärgern sich die Briten über die EU, fürchten sie doch, dass die auch hierzulande gern genannten „Brüsseler Bürokraten“ den Sitz des einstmaligen stolzen Empires unter ihre Kontrolle bringen könnten. Ja, und - auch das durchaus ähnlich zu den hiesigen Verhältnissen - es nimmt die staatliche Bevormundung der Menschen im Vereinigten Königreich ständig zu, bis hin zu einem ebenfalls völlig überzogenen

Rauchverbot in den altehrwürdigen Pubs. Es gibt viele Gründe, sich aufzuregen, wenn man Brite ist. Nigel Farage und seine UKIP-Partei haben das in den vergangenen Jahren so deutlich formuliert, wie niemand sonst. Zum fünften Mal hat er sich gestern um einen Sitz in den Houses of Parliament beworben – und er scheiterte zum fünften Mal. Einen einzigen Sitz der insgesamt 650 im Unterhaus konnte UKIP erringen. Fairerweise muss man hinzufügen, dass dies eine Folge des Mehrheitswahlrechts ist, denn gemessen an den tatsächlich abgegebenen Stimmen, hätten Farage und seine Partei rund 13 Prozent der Sitze erhalten müssen. Dennoch bleibe ich bei meiner Einschätzung: die Bürger in den westeuropäischen Staaten werden sich nicht für radikale Lösungen entscheiden, so lange für breite Bevölkerungsschichten ein akzeptables Wohlstandsniveau besteht. Und ich sage voraus – legen Sie es sich bitte auf Wiedervorlage und geisseln Sie mich, wenn ich irre – wenn die Briten 2017 über den Verbleib in der EU abstimmen, wird die Mehrheit Ja ankreuzen. Großbritannien exportiert etwa 50 Prozent seiner Waren in die EU-Staaten. Wenn deren Märkte für die Engländer nur noch erschwert zugänglich wären, würde das Wohlstandsniveau auf der Insel beeinträchtigt. Und darum geht's letztlich immer: „It's the economy, stupid!“

Weihnachten, Frühlingsanfang, Mai-Krawalle - wir haben uns daran gewöhnt

Der 1. Mai ist vorbei, alle haben überlebt. Das ist die gute Nachricht. In Berlin bewarfen Vermummte Polizeibeamte mit Böllern, Steinen und Flaschen. Ein Beamter wurde verletzt, es gab 15 Festnahmen. In Hamburg war es etwas munterer. Eine Demonstration wurde aufgelöst, 34 Verletzte, Festnahmen, während der Nacht „Scharmützel“, eine Tankstelle wurde angegriffen, die junge „Revolutionäre“ ausplündern wollten. Der 1. Mai, so waren Polizei und Politik in Berlin und Hamburg einig, war „weitgehend friedlich“. Nun habe ich von „friedlich“ ganz und gar andere Vorstellungen, aber im Grund haben all die Partei- und Polizeisprecher sogar recht. Im Vergleich mit den 90er Jahren, wo es allein in Berlin am 1. Mai auch mal 200 und mehr verletzte Polizisten gab, ist heute gar nichts mehr los. Ein bisschen Gewalt, ein paar Steine auf Polizisten, die Gesellschaft hat sich daran gewöhnt. Aufsehen und Empörung gibt es allenfalls noch, wenn am 1. Mai Rechtsradikale gewalttätig werden, so wie gestern in Weimar. Da flammt nochmal kurz Empörung der sogenannten Bürgergesellschaft auf, aber im Grunde hat man sich an die alljährliche ritualisierte Gewalt gewöhnt.

Ich hatte in meinen Berliner Jahren mehrfach das zweifelhafte Vergnügen, als Radioreporter den 1. Mai in Kreuzberg miterleben zu dürfen. Meine Kollegen und ich zogen alte Klamotten an, ließen Visitenkarten und anderes, das uns als Mitarbeiter eines nicht-revolutionären Senders identifizieren konnte, im Schreibtisch, und dann ging's los. Bisweilen war es beängstigend, dieses Ritual. Der „schwarze Block“ mit Horden verummter Gestalten, die dümmliches Zeug skandierten. Aber auch die Einsatzhundertschaften der Polizei in ihren bulligen Schutzanzügen, die beim Vorrücken mit ihren Knüppeln rhythmisch auf die Schilder schlugen und so eine durchaus martialische Erscheinung abgaben.

Ja, gestern war es nicht so schlimm wie früher mal. Das ist wahr. Was mich stört, ist die völlig unaufgeregte und desinteressierte Haltung unserer Gesellschaft zu den alljährlichen Vorgängen. Man konsumiert das, als gehört es zum normalen Jahreskreislauf. Weihnachten: Tannenbaum, März: Frühlingsanfang, 1. Mai: Krawalle. Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind die eingesetzten Polizisten. Allein in Berlin waren es gestern 6.000. Im Berliner „Tagesspiegel“ erschien dazu jetzt ein lesenwerter [Beitrag](#), verfasst vom Sohn eines solchen Polizeibeamten. Er schreibt: „Am 2. Mai bewegten wir uns nur schleichend durch die Wohnung, bis mein Vater mittags aus dem Schlafzimmer kam. Handgroße blaue Flecken auf Beinen und Armen, Prellungen und Verstauchungen waren keine Seltenheit. In seinem Blick lag Erschöpfung, er hatte tiefe Augenringe.“

Interessiert es jemanden? Wohl nur wenige. Es ist 1. Mai, und die „Bullen“ sollen das regeln, damit wir in Ruhe grillen oder Radtouren veranstalten können. Und auf jeden Fall muss die Polizei deeskalieren, damit sich die neue SA auf den Straßen deutscher Großstädte nicht provoziert fühlt, zum Beispiel durch grimmigen Gesichtsausdruck eines Beamten oder die bloße Anwesenheit Uniformierter. Die Polizisten, die für uns alle die Knochen hinhalten, wie man das in meiner Heimat sagt, dürfen nicht nur keinen Dank der Gesellschaft erwarten, sondern nicht einmal Interesse. So, wie übrigens auch unsere Soldaten. Es ist schäbig.

Da legen wir gern noch etwas Geld drauf

„Für den Mathematikunterricht benötigt Ihr Kind ab dem kommenden Schuljahr einen graphikfähigen Taschenrechner...“ So beginnt ein aktueller Brief der Schule, die unser Sohn besucht. Mit dem „Taschenrechner-Erlass“ vom 27. Juni 2012 werde die Nutzung solcher Taschenrechner in der Oberstufe verbindlich, erfahren meine Frau und ich und denken: kein Problem, wir haben ja Lernmittelfreiheit. Wenn unser Sohn das so als zwingend notwendig vorgeschrieben bekommt, wird die Schule ihm schon den entsprechenden Rechner zur Verfügung stellen. Doch weit gefehlt. Uns wird mitgeteilt, dass wir entweder exakt diesen Rechner besorgen sollen oder uns einer Sammelbestellung der Schule anschließen könnten. Dann kostet es uns nur 85 Euro. Das Prinzip Lernmittelfreiheit scheint hierzulande einige Dellen bekommen zu haben, und gleich fällt mir ein, was zwischendurch sonst immer noch so zu kaufen ist, Bastelmaterial für den Kunstunterricht etwa, Reclam-Heftchen für das Verständnis der Weltliteratur, und natürlich gibt es auch immer mal die Umlage namens „Kopiergeld“. Bei mehreren Kindern summiert sich das und wirft die Frage auf: Warum müssen wir Bürger, die mit unseren Steuern ohnehin den ganzen Staatsapparat finanzieren, immer zusätzlich berappen, wenn wir etwas brauchen? Warum schließt die angebliche Lernmittelfreiheit nicht alle Lernmittel ein? Oder nehmen Sie etwas, das alle betrifft. Jeder Deutsche muss ein amtliches Ausweispapier haben, ich glaube ab 16 Jahren. Gehe ich zum Einwohnermeldeamt und beantrage einen Personalausweis, muss ich Gebühren zahlen. Mein Sohn hat jetzt seinen Reisepass verlängern lassen, nicht neu beantragt, sondern verlängert. Kostet 59 Euro. Und wie üblich fragt niemand in Deutschland, mit welcher Berechtigung eigentlich die staatlichen

Einrichtungen und Mitarbeiter, die wir finanzieren, uns Geld abknöpfen, wenn wir eine Leistung von ihnen haben wollen.

Eine Unternehmerin am Niederrhein erzählte mir einmal, dass sie eine neue Halle für ihren Betrieb gebaut hat. Mehr als 15 Prozent der gesamten vorgesehenen Summe für den Bau ging für gesetzlich vorgeschriebene Gutachter drauf. Zitat: „Da kommen zwei Mann für zehn Minuten, übergeben mit ein Ringbuch mit Formblättern, die ich lesen und beachten soll. Nach zehn Minuten waren sie wieder weg. Dafür musste ich 1.500 Euro bezahlen.“ Wie meistens in Deutschland stellt dieses System niemand in Frage. Es wird schon alles seine Ordnung haben, wir sind ja in Deutschland.

Die Frage nach dem Ob stellt sich nicht einmal

Schon wieder! Auch heute befindet sich ein Flüchtlingskahn im Mittelmeer in akuter Seenot. Mindestens 300 Menschen sollen an Bord sein, darunter wie jedes Mal Frauen, Kinder und Alte. Nicht erst seit dem Tod von 900 Flüchtlingen am vergangenen Wochenende im Mittelmeer ist klar, dass die Situation unhaltbar geworden ist. Wenn wir hier das christliche Abendland hochhalten wollen, wenn die EU nicht wieder bei einer internationalen Krise versagen will, dann muss jetzt sofort, ohne jegliche Zeitverzögerung, massiv eingegriffen und geholfen werden. Die Frage, ob Europa, ob der Westen und damit auch Deutschland den Flüchtlingen helfen sollte, stellt sich nicht einmal. Was wären wir für Zyniker, was wären wir für erbärmliche Unmenschen, wenn wir dem Sterben auf hoher See ungerührt zuschauen? Rupert Neudeck, Mitbegründer von „Cap Anamur/Deutsche Notärzte“, hat gestern im Fernsehinterview Stellung bezogen: Die EU-Länder müssen Schiffe ihrer jeweiligen Marine vor die Küste Nordafrikas entsenden, Handelsschiffe müssen aufgefordert werden, einzugreifen und Flüchtlinge zu retten – vielleicht sogar gegen Prämienzahlungen im konkreten Hilfsfall. Das Sterben muss beendet werden – das hat oberste Priorität, das ist die allererste Aufgabe. Doch damit ist es wahrlich nicht getan. Selbst wenn die reichen Länder des Westens vorübergehend mehr Flüchtlinge aufnehmen, löst das die Probleme nicht. Offiziellen Schätzungen zufolge sind derzeit auf dem afrikanischen Kontinent rund 18 Millionen Menschen auf der Flucht in Richtung Mittelmeer. Ihr Ziel und ihre einzige Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben ist Europa. Eine Hoffnung, die wir nicht erfüllen können, selbst wenn wir es wollten. Um das Problem zu lösen, müssen Hoffnung und Zukunft nach Afrika gebracht werden. Das ist ein langwieriger Prozess, aber die reichen Länder könnten mehr tun, noch viel mehr. Es müssen menschenwürdige Wohnräume dort entstehen, es müssen Nahrung und sauberes Wasser her, und es muss Bildung her. Ja, Bildung. Es klingt so nach Klischee, wenn immer von Brunnen bohren und Schulen bauen geredet wird, aber genau darum geht es. Auch. Wenn wir keine Mauer errichten wollen, um uns von Elend und Hoffnungslosigkeit abzuschotten, gibt es nur diesen Weg: den Leuten in Afrika wirklich zu helfen, eine menschenwürdige Zukunft aufzubauen. Und ihnen zu sagen, dass wir bei weitem nicht alle, die zu uns kommen wollen, aufnehmen können.

Über die Flüchtlingsproblematik habe ich verschiedentlich geschrieben. Ja, wir müssen helfen – ohne

Wenn und Aber. Und wenn wir helfen wollen, dann muss die Politik auch klare Kante für diejenigen zeigen, die wirklich Hilfe brauchen, die sich in die Hände gewissenloser Schleuserbanden und in Lebensgefahr begeben haben, um Europa oder Deutschland zu erreichen. Es ist unerträglich, dass noch immer 90 Prozent der in Deutschland abgelehnten Asylbewerber bleiben dürfen. Und für diejenigen, die in diesen Tagen und Wochen aus Angst um ihr nacktes Überleben dem Wahnsinn im Nahen Osten entkommen sind und zu uns fliehen, wird der Platz knapp.

Das widerwärtige Geschäft mit den Gebärsklavinnen boomt

Im Strand Palace Hotel in London fand am 21. März wieder die alljährliche Surrogacy Conference statt, also ein Kongress, der sich mit dem Thema Leihmutterschaft beschäftigt. Ärzte und Geschäftemacher informierten dort darüber, wie sich Paare auf diesem Weg ein Kind organisieren können, und Paare erzählten wort- und tränenreich, wie toll das alles bei ihnen gelaufen ist. Ja, Paare, die auf natürlichem Weg selbst keine Kinder zeugen können, sind oft verzweifelt und zu fast allem bereit, sich den Kinderwunsch zu erfüllen. Manche wählen den Weg über die künstliche Befruchtung, andere adoptieren Kinder, und manche mieten sich eben eine Gebärmutter mit einer Frau drumherum. Moderne Zeiten könnte man meinen. In den USA gibt es eine richtige Industrie mit Leihmütter-Agenturen dafür, und es wird viel Geld mit der Not von Paaren verdient. Zu den Kunden dieser Agenturen gehört stark anwachsend auch die Gruppe der gleichgeschlechtlichen Paare. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete jüngst darüber, dass „ein Fertilitätszentrum in Kanada“ dokumentiert habe, „dass in den Jahren zwischen 2007 und 2011 mehr als zwanzigmal so viele **schwule Paare** zu seinen Kunden gehörten wie noch in dem halben Jahrzehnt davor“.

Aber die Globalisierung macht auch vor diesem Thema nicht halt. Weil die Kosten niedriger sind, boomt das Leihmuttergeschäft derzeit in Gegenden der Welt, in denen Frauen oftmals in kaum vorstellbarer Armut leben. Länder wie Indien, Nepal oder Mexiko. Für 15.000 Dollar „Flatrate“ werden dort Leihmütter zur Auswahl mit unlimitierten Versuchen angeboten, Zwillinge oder Drillinge ohne Aufpreis möglich, wie die FAZ weiter berichtet. Über was sprechen wir also? Frauen, die in ausweglosen Situationen sind, verkaufen für wenig Geld ihren Körper als Brutkasten. Sie lassen sich in heruntergekommenen Hinterhof-„Kliniken“ Embryos einpflanzen, also mehrere gleichzeitig, von denen dann bei Erfolg die überzähligen „reduziert“, also getötet werden. Manchmal wird nur auf zwei „reduziert“, weil Zwillinge nicht zusätzlich kosten. „Buy one, get two.“ Die FAZ zitiert einen indischen Arzt mit den Worten: „Nein, wir fragen sie (die Leihmütter) nie, und sie werden nicht mal darüber informiert, wie viele übertragen werden. Das sind ungebildete Mädchen, Analphabeten.“

Fassen wir zusammen: Im dritten Jahrtausend gibt es auf diesem Planeten eine neue Art der Sklaverei. Frauen werden als Produktionsmaschinen verwertet, ihre Armut wird von wohlhabenden Paaren aus den westlichen Ländern schäbig ausgenutzt. Was mit ihnen passiert, ist den Bestellern egal. Hauptsache die

gewünschte Ware wird geliefert. Vielleicht werden Sie jetzt sagen: Ist alles nicht neu, es gibt Arbeitssklaven in Katar, die Stadien für das Milliardengeschäft Fußball-WM errichten, Todesfälle inklusive. Es gibt Sex-Sklavinnen, die von Menschenhändlern rund um den Erdball transportiert werden, um sich widerspruchslos von Männern vergewaltigen zu lassen (wie manche in Deutschland ja meinen, das sei ein „ganz normaler Beruf“), und es gibt Kinder, die im Alter von 12 Jahren zu Killern und Selbstmordattentätern ausgebildet werden. Diese Welt ist ein grauenhafter Ort, und was das Schlimmste ist: Niemand von den wirklich Mächtigen unternimmt ernsthafte Anstrengungen, all diesem Wahnsinn ein Ende zu bereiten. Das wäre doch gar nicht möglich, sagen Sie? Zu 100 Prozent sicher nicht, da haben Sie recht. Aber wenn Polizei und Justiz massiv gegen diese Strukturen vorgehen würden, wenn Leihmutter-Agenturen geschlossen, Menschenhändler und „Vermittler“ von Arbeits- und Gebärsklaven durch Polizei und Justiz mit großem Aufwand verfolgt und bestraft würden, Prostitution nicht mehr als „ältestes Gewerbe“ romantisch verklärt würde und Staaten, die diesen schäbigen Geschäften eine Basis geben, von der Weltgemeinschaft geächtet würden, könnte sich für viele Menschen etwas zum Besseren wenden. Aber wie gesagt: Es ist für die große Politik wohl nicht wichtig genug.

Mit atomaren Feuer spielt man nicht

Im politisch-publizistischen Meinungskampf gibt es derzeit kaum etwas Zynischeres, Geschichtsvergessenere, ja bisweilen Widerwärtigeres als die Texte von Jakob Augstein, kleiner Sohn des großen Rudolf Augstein. Heute beschäftigt er sich in seiner spiegel-online-Kolumne mit Israel und Irans Streben nach einer eigenen atomaren Bewaffnung. Und wenn in einem Augstein-Text Israel vorkommt, ist Aufmerksamkeit geboten, hat er es mit seinen Stellungnahmen zu diesem Thema doch sogar schon einmal auf die Liste des Simon Wiesenthal Centers der „Top Ten Anti-Israel/Anti-Semitic Slurs“, der Top Ten der antiisraelischen oder antisemitischen Verunglimpfungen, geschafft. Heute erfreut uns der junge Herr Augstein mit der Feststellung: „Die iranische Bombe ist nicht mehr zu verhindern. Aber ist das eine Katastrophe?“ Und er versteigt sich zu der These: „Es ist nicht in erster Linie das iranische Streben nach der Bombe, das der Region die Stabilität raubt – sondern Israels alleinige Verfügung darüber.“ Also in meinen Worten: Nur Israel hat im Nahen Osten Atomwaffen, und das gefährdet den Frieden. Und erst wenn auch arabische Staaten mit der ultimativen Zerstörungswaffe ausgestattet sind, wird es wirklich friedlich. Ist es gutmenschliche Naivität des Autors, oder meint er das wirklich ernst? Ich glaube mit Blick auf Jakob Augsteins Gesamtkunstwerk schreibenden Schaffens, dass es schlimmer ist. Ich glaube, dass er genau weiß, dass nicht Israel seine Nachbarstaaten mit Vernichtung bedroht, sondern einige dieser Nachbarn Israel. Und zwar nicht einfach nur mal so ein bisschen, sondern mit der Drohung totaler Vernichtung, mit der Auslöschung des ganzen Staates. Kaum ein Land hat diese Drohung unverblümter und eindeutiger formuliert, als der Iran. Bis in die jüngste Vergangenheit. Der einzige Grund, weshalb es Israel überhaupt noch gibt, ist seine militärische Dominanz im Nahen Osten und das Wissen der Feinde um sein nukleares Waffen-Potential. Nur dies und das Bündnis mit den

USA sichern bis heute seine Existenz. Benachbarte Staaten, die ebenfalls in den Besitz von Atomwaffen kämen, würden das Risiko eines großen Krieges vervielfachen, besonders wenn instabile Staaten am Drücker sitzen. Instabil ist der Iran nicht, aber er ist unberechenbar, wie wir gerade sehen, wo nur Stunden nach dem staatlicherseits mühsam ausgehandelten Atom-Kompromiss die Mullahs alles wieder in Frage stellen. Wer diesen Leuten Massenvernichtungswaffen in die Hände geben oder auch nur dabei zuschauen will, wie sie sich solche Waffen selbst beschaffen, potenziert die Kriegsgefahr und spielt mit dem atomaren Feuer.

Befreit euch endlich von politischer und materieller Last!

Als ich heute früh die Aral-Tankstelle meines Vertrauens aufsuchte, um zehn frische Brötchen zu erwerben, wollte ich einen gewohnt lockeren Spruch anbringen. Zu der Dame an der Theke sagte ich mit Blick auf ihre Backwaren: „Na, heute ist für Sie ja wohl der umsatzstärkste Tag des Jahres.“ Fragend schaute sie zurück. Ich setzte nach: „Karfreitag! Da haben die Bäckereien doch alle geschlossen.“ Ihr Gesicht hellte sich auf: „Gut, dass Sie das sagen. Daran hatte ich noch gar nicht gedacht. Dann werde ich gleich noch ein paar Brötchen mehr in den Ofen schieben...“ Manche Erlebnisse im Alltag übersteigen selbst meine Vorstellungskraft. Dazu passt auch meine Suche nach einem passenden Foto zu dieser Kolumne heute Morgen. Bei einer großen internationalen Fotodatenbank mit Millionen von Motiven gab ich als Suchwort „Karfreitag“ ein. Was ich erhielt, waren zunächst unzählige Hasen-Cartoons mit bunten Eiern drumherum. Es ist ein Elend, mit welcher Rasanz der christliche Glaube und das Wissen um die Grundlagen des christlich (-jüdischen) Abendlandes in unserer Wohlstandsgesellschaft überrollt wird.

Über die Gründe muss man nicht groß nachdenken, sie fallen einem wie reife Äpfel vor die Füße. Es ist zum einen der Wohlstand, der viele Menschen glauben lässt, es brauche keinen Gott mehr, um ihr eigenes Schicksal positiv zu beeinflussen. Es sind Elternhäuser, Schulen und Kirchen, die in der Masse jämmerlich dabei versagen, jungen Leuten zu erklären, um was es bei der Lehre Christi geht. Es ist die „Fit for Fun“-Generation, die vor lauter Spaß-Events, Playstations und Supermodels, die zu finden sind, keine Zeit mehr hat, sich mit Nebensächlichkeiten wie der Frage nach dem Wie und vor allem Warum der menschlichen Existenz zu beschäftigen. Es ist die Entscheidung für einen anderen Glauben, sei es den Buddhismus, wo alles so freundlich, nett und ausgeglichen ist, sei es „die Natur“, wo allerdings die Frage unbeantwortet ist, wer die eigentlich gemacht hat, oder sei es der Atheismus, der mit seiner aufgesetzten Überheblichkeit, alles wirklich ganz genau erklären zu können, deutliche Anzeichen einer Sekte trägt.

Der entscheidende Grund allerdings sind unsere Amtskirchen, deren finanzielle Basis unerschütterlich ist und ihnen trotz sinkender Mitgliederzahlen steigende Kirchensteuereinnahmen beschert. Deren Zeugnis durch bisweilen widerwärtige Anpassung an den Zeitgeist verwässert wird. Die gute Geschäfte als

Sozialdienstleister mit eigenen Krankenhäusern, Beratungsstellen, Kindergärten und Altenheimen machen. Dafür lassen sie den Herrgott auch mal einen guten Mann sein, etwa wenn sich die Caritas gegen das Betreuungsgeld ausspricht, denn Krippenplätze bringen natürlich auch dieser Unternehmung ordentliche Staatszuschüsse. Die offiziellen Medien der Kirchen lohnen – Ausnahmen gibt es natürlich – nicht einmal mehr einer kritischen Würdigung, so belanglos sind sie geworden. Und die Feigheit vieler deutscher Bischöfe, auch der katholischen, ist erbärmlich. Wo sind die tapferen Kirchenmänner, wenn es um den Kampf gegen Sterbehilfe geht? Warum nimmt nicht ein einziger Bischof an dem alljährlichen 1000-Kreuze-Marsch in Berlin für das Recht auf Leben eines jeden Menschen teil? Wo sind die Kirchen beim verzweifeltsten Protest Tausender Eltern in Baden-Württemberg gegen den Angriff von rot-grünen Gender-Ideologen auf ihre Kinder und auf die traditionellen Familien? Sie passen sich an, sie wollen nicht anecken, sie wollen auch in Zukunft an die Buffets der Mächtigen eingeladen werden, die ihnen wohlwollend auf die Schultern klopfen, aber in Wahrheit über sie lachen. Lieber Gott, wie wünsche ich mir heute einen Ruhrbischof wie Franz Hengsbach zurück oder Fuldas streitbaren Kirchenführer Johannes Dyba. Wo sind die Kirchenführer bei den Katholiken und bei den Evangelischen, die noch einen – verzeihen Sie! – Arsch in der Hose haben und zu ihren, zu unseren Überzeugungen ohne Wenn und Aber stehen? Jesus Christus hat gesagt, sie und wir sollen rausgehen in alle Welt und seine Botschaft „verkünden“. Er hat nicht gesagt: Geht raus, bildet Stuhlkreise, palavert und passt Euch an!

Alles nicht schön, wenn man auf die deutschen Amtskirchen schaut, in denen viele stolz darauf sind, wie perfekt und ökonomisch erfolgreich sie den Niedergang verwalten. Und dennoch ist es für einen Abgesang auf das Christentum zu früh. Ja, die Kirchen werden in Deutschland weiter schrumpfen. Und sie werden sich verändern, durch strukturelle Maßnahmen wie die Zusammenlegung von Gemeinden, durch Laienorganisationen, die nicht dazu beitragen, den Glauben in die Gesellschaft, sondern den Mainstream und die Belanglosigkeit in die Kirchen zu tragen. Und durch Pfarrer, denen von ihren Bistümern so viele Aufgaben übertragen werden – von der Immobilienverwaltung bis zur Umsetzung von Sparplänen – , dass für Seelsorge und Verkündigung immer weniger Zeit bleibt. Doch überall in den Kirchen gedeihen bunte Pflänzchen, die Hoffnung auf einen neuen Aufbruch und auf eine neue Kirche machen. Die evangelikalen oder freikirchlichen Gemeinschaften mit ihrem lebendigen Gemeindeleben und ihrer großen Anziehungskraft auf junge Menschen sind es im evangelischen Bereich. Die neuen geistigen Gemeinschaften, all die Jugend 2000, Totus Tuus, Gemeinschaft Emmanuel, Nightfever, Regnum Christi u.s.w. sind es bei den Katholiken. Hier findet sich die Glaubensbegeisterung, die einstmals selbstverständlich war. Hier sammeln sich viele junge Menschen. Hier kann man die Zukunft erleben. Dies soll nicht die Leistung der engagierten Gemeindepfarrer schmälern, die es natürlich überall in Deutschland noch gibt, und die vielfach Großartiges unter widrigen Bedingungen leisten. Aber es soll den Blick darauf lenken, was notwendig ist, um wieder Strahlkraft auch auf Kirchenferne zu entwickeln: Das Bekenntnis zur Lehre Jesu und zu einem Gott. Wo das im Mittelpunkt steht, kommen die Menschen und hören zu. Wo aber all das heruntergeleiert wird, was uns der Mainstream tagein tagaus vorkaut, da entwickelt sich kein Feuer mehr. Oder wie es Papst Benedikt XVI. in seiner überragenden **Freiburger Rede** 2011 formulierte: „Die von ihrer materiellen und politischen Last befreite Kirche kann sich besser und auf wahrhaft christliche Weise der ganzen Welt zuwenden, wirklich weltoffen sein.“

Zu Besuch in den blühenden Landschaften

Das erste Mal in Erfurt war ich Anfang 1990. Die DDR existierte noch, der Volkskammerwahlkampf war angelaufen. Zum ersten und letzten Mal waren die Bürger aufgerufen, ein wirklich freies DDR-Parlament zu wählen. Ich war als Journalist für einen Berliner Radiosender beauftragt worden, über die erste Wahlkundgebung der „Allianz für Deutschland“ mit Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem Erfurter Domplatz zu berichten. 150.000 Landleute Ost drängelten sich dort und in den Seitenstraßen, ein wahrhaftes Meer von schwarz-rot-goldenen Fahnen war zu sehen. Mein Eindruck von der Stadt war damals das typische Grau in Grau, das den real existierenden Sozialismus allerorten dokumentierte. Graue Häuser und überall der Geruch von Zweitakter-Kraftstoff, aber gleichzeitig eine mit Händen zu greifende Aufbruchsstimmung, wie ich sie niemals anderswo erlebt habe als in diesen Wochen und Monaten des gesellschaftlichen Umbruchs im Osten Deutschlands.

Ende vergangener Woche war ich wieder in Erfurt zu einem Vortrag. Die Stadt ist heute, ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung, gegenüber damals nicht wiederzuerkennen. Alles ist liebevoll restauriert, wunderbare Hausfassaden, eine Altstadt mit kleinen Gassen und einer überaus kreativen und lebendigen Kneipenszene. Auf den Straßen ist abends viel los. Thüringen geht es insgesamt gut. Es gibt einen florierenden Mittelstand, Handwerk hat hier goldenen Boden. Die Tourismus-Branche boomt, viele Menschen kommen nach Erfurt, Gotha, Eisenach und Weimar, zu bedeutenden Städten deutscher Geschichte. Das Bildungssystem in Thüringen ist eines der erfolgreichsten in Deutschland, wie jeder PISA-Test belegt.

Und nun haben die Thüringer einen Ministerpräsidenten namens Ramelow, der zwar aus dem Westen stammt, aber jener Versagerpartei aus der einstigen DDR angehört, die sich aufgehübscht und umbenannt hat, aber bis in alle Zeiten das Erbe der SED-Diktatur mit sich wird herumschleppen müssen. Bodo Ramelow ist smart, er kann's gut mit den Medien. Und er sagt, dass er Christ sei, verzichtete aber bei seiner Vereidigung auf den Gottes-Zusatz, dieser Christ. Während der Fahrt habe ich viel darüber nachgedacht, warum Wähler bisweilen so irrational handeln, wie es zumindest eine Mehrheit in Thüringen getan hat. 75 Prozent aller Direktmandate im Lande hat die CDU errungen, bei den (entscheidenden) Zweitstimmen sah es deutlich schlechter aus. Hat also eine Abwahl von Frau Lieberknecht stattgefunden? Vielleicht. Lag es auch an den linksgestrickten meinungsführenden Medien? Vielleicht auch. Aber es gibt viele Parteien, die man wählen kann, auch linke. Warum müssen es die Nachlassverwalter der DDR sein? Wenn es irgendwo in den jungen Bundesländern blühende Landschaften gibt, dann in Thüringen. Haben die Leute dort vergessen, wie es früher war? Haben sie sich so sehr daran gewöhnt, in einer freien und weitgehend wohlhabenden Gesellschaft zu leben, dass sie Experimente riskieren? Ich weiß es nicht. Jedenfalls werde ich solches Wahlverhalten nie begreifen.